

## Die Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion.

N. Berlin, 25. März. (Priv.-Tel., z.) Im „Vorwärts“ werden heute morgen die Erklärungen der Fraktionsmehrheit und der Fraktionsminderheiten veröffentlicht. Wir geben daraus das folgende wieder:

Zur Information der Parteigenossen teilt der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion durch das Pressebureau den Wortlaut der Ausführungen mit, die Genosse Ebert in der

### Fraktionsitzung

am Freitag, den 24. März, Nachmittags über die Vorgänge in der Reichstagsitzung gemacht hat:

„In unserer letzten Sitzung haben wir uns wiederholt sehr eingehend über die allgemeine politische Debatte unterhalten, die im Plenum stattfinden sollte. Wir waren uns über die sachliche und formale Behandlung einig. Darnach sollte die politische Debatte getrennt werden von der Aussprache über die Steuervorlage. Heute Morgen waren wir uns dahin schlüssig, im Seniorenkonvent zu fordern, daß nach Erledigung der U = Voot = Frage und des Stats des Auswärtigen Amtes in der Haushaltskommission eine politische Debatte im Plenum stattfinden soll. Wir haben diesen Vorschlag dem Seniorenkonvent unterbreitet, der ihm noch vor Beginn der Reichstagsitzung zugestimmt hat. Weder Geher noch Ledebour, die beiden Mitglieder des Seniorenkonvents, hat auch nur ein Wort dagegen gesagt. Sie waren also mit dieser Regelung einverstanden. Heute morgen haben wir weiter in der Fraktion über unsere Stellung zum Notetat verhandelt, die darüber bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind durch Abstimmung erledigt worden. Wegen der formalen Erledigung des Stats wurde einstimmig beschlossen, seiner Verabschiedung am heutigen Sitzungstage keine Hindernisse zu bereiten. Sollte sich etwas Unvorhergesehenes ereignen, dann solle der Vorstand unter sich eventuell mit der Fraktion beraten, was geschehen soll. Die Fraktion hat das ohne Widerspruch gut gefaßt und niemand, weder Haase noch andere Genossen, haben auch nur mit einem Wort angedeutet, daß im Plenum zum Notetat geredet werden soll. Erst im Sitzungssaal hat Haase, und zwar im letzten Augenblick, unmittelbar vor Eröffnung der Verhandlungen, als er mit einer wohl vorbereiteten Rede bereit stand, dem Vorstand mitgeteilt, daß er reden werde.“

Der Vorsitzende stellt fest, daß dieser Darstellung nicht widersprochen wird.

Es fand dann eine Aussprache über die vom Vorstande der Fraktion vorgelegte Erklärung statt. In namentlichen Abstimmungen wurde diese Erklärung mit 58 gegen 33 Stimmen angenommen. Der Stimme enthielten sich vier, es fehlten 12 Genossen.

Die

### „Erklärung der Fraktion“

hat folgenden Wortlaut:

„Die Fraktion bedauert lebhaft die Vorgänge, die sich innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft in der heutigen Reichstagsitzung zugetragen haben.“

In ihrer Fraktionsitzung am Vormittag wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, eine allgemeine politische Debatte im Plenum nach der Behandlung des Auswärtigen Amtes in der Budgetkommission zu führen — ein Beschluß, dem noch vor Beginn der Plenarsitzung der Seniorenkonvent widerspruchlos zugestimmt hat. Hinsichtlich der Behandlung des Notetats hatte die Fraktion in der gleichen Sitzung beschlossen, im Hinblick auf jene in Aussicht stehende politische Erörterung nach altem Herkommen heute von einer politischen Debatte Abstand zu nehmen.“

In dieser Fraktionsitzung ist Haase mehrmals ausführlich zu Wort gekommen, um seine Auffassung zum Notgesetz zu begründen. Nachdem die Fraktion in ihrer Mehrheit gegen diese Auffassung entschieden hatte, hatte Haase auch nicht die leiseste Andeutung gemacht, daß er gegen diese Fraktionsbeschlüsse im Plenum vorgehen werde. Dadurch wird sein Disziplinbruch zugleich zum Treubruch. Nachdem die Fraktion bereits am 12. Januar die damalige Sonderaktion auf das Schürffste gerügt hatte, sieht sie sich nunmehr gezwungen, zu erklären, daß Haase und diejenigen Fraktionsmitglieder, welche die gemeinsam gefaßten Beschlüsse gröblich mißachteten und öffentlich durchkreuzten, dadurch die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verweigert haben.“

Im „Vorwärts“ wird dann weiter die folgende

### Erklärung des Genossen Stolle

veröffentlicht:

In der Fraktionsitzung gab am Freitag der Genosse Stolle nach den Ausführungen des Genossen Ebert in seinem Namen und namens der Genossen Voot, Büchner, Dr. Oskar Cohn, Dittmann, Geher, Henke, Dr. Herzfeld, Horn, Kunert, Ledebour, Schwarz-Lübeck, Stadthagen, Vogtherr, Wurm, Zubell folgende Erklärung ab:

„Namens meiner engeren Freunde erkläre ich folgendes: Der Kollege Haase hat mit unser aller Zustimmung seine heutige Rede gehalten, hat auch mit unserer Zustimmung in der Fraktionsitzung die ausdrückliche Ankündigung, reden zu wollen, unterlassen. Daß Haase unsere von der Meinung der Fraktionsmehrheit abweichende Auffassung im Plenum des Reichstages zum Ausdruck gebracht hat, war die notwendige und für alle Fraktionskollegen selbstverständliche Folgerung aus unserem Vorgehen vom 1. Dezember 1915.“

Genosse Bernstein ersucht den „Vorwärts“ um Mitteilung, daß er sich angesichts des Fraktionsbeschlusses mit den Vorgenannten solidarisch erklärt. Die

### Erklärung der Fraktionsminderheit

über die Gründung der neuen Fraktion lautet:

Die unterzeichneten sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages erklären folgendes:

„Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat uns heute mit 58 gegen 33 Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, der „aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte“ beraubt. Dieser Beschluß macht es uns unmbglich, innerhalb der Fraktion auch ferner die Pflichten zu erfüllen, die uns durch die Wahl als Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei auferlegt sind. Wir sind uns bewußt, getreu den Grundfäden der Partei und den Beschlüssen der Parteitage gehandelt zu haben. Um so die Pflichten gegenüber unseren Wählern auch weiter erfüllen zu können, sind wir genötigt, uns zu einer sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.“

Den völlig unbegründeten Vorwurf des Disziplinbruchs und des Treubruchs weisen wir zurück.“

Berlin den 24. März 1916.

Bernstein, Voot, Büchner, Dr. Oskar Cohn, Dittmann, Geher, Haase, Henke, Dr. Herzfeld, Horn, Kunert, Ledebour, Schwarz (Lübeck), Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm, Zubell.

Diese 18 Genossen haben von der Bildung der Fraktion „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ dem Bureau des Reichstages Mitteilung gemacht und als ihren Vorstand die Genossen Haase, Ledebour und Dittmann gewählt.

Endlich bringt der „Vorwärts“ noch folgende Erklärung:

„Die Unterzeichneten erklären zu den letzten Vorgängen in der Fraktion und im Reichstage:

1. daß sie in der Fraktion gegen die Zustimmung zum Notetat gestimmt haben;
2. daß beim Plenum des Reichstages bei der Abstimmung über das Notgesetz entsprechend dem bisherigen Brauch in der Fraktion, ihre Begegnung gegen die Vorlage durch Verlassen des Saales zum Ausdruck gebracht haben;
3. daß sie in der Fraktion gegen die Maßrege-

lung der 18 Genossen, die in ihrer Wirkung einem Ausschluß gleich kommt, gestimmt haben, insbesondere deshalb, weil sie der Fraktion das Recht nicht zugestehen, ein Parteimitglied von der Fraktionsgemeinschaft auszuschließen. Ein solches Recht steht einzig dem Parteitage zu.

Abrecht, Anfried, Emuel, Edmund Fischer, Hoch, Hofrichter, Hüttmann, Jaedel, Lautert, Raute, R. Reiffhaus, Rysfel, Schmidt (Weiß), J. Simon.

Der „Vorwärts“ selbst sucht in einem längeren Artikel das Verhalten der Fraktionsminderheit, die sich jetzt zu einer sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen hat, zu verteidigen und den Disziplinbruch als notwendig hinzustellen.

„Die Minderheit hätte nicht zum Mitschuldigen einer Politik des Geschehenlassens werden dürfen, und da Auffassung gegen Auffassung stand, hätte es nur die Möglichkeit gegeben, zum einzigen Richter über Recht und Unrecht die Öffentlichkeit aufzurufen, die sozialdemokratische Masse selbst, das geschichtliche Urteil.“

Nachdem dann der „Vorwärts“ noch ausdrücklich feststellt, daß er seit Kriegsausbruch die politischen Auffassungen der Minderheit vertreten habe, schließt er seine Ausführungen mit folgenden Sätzen:

„Innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich damit jene Spaltung auch äußerlich vollzogen, die innerlich längst vorhanden war. Es ist damit das eingetreten, was nach der Tiefe der Meinungsgegensätze und vollends nach den Szenen des gestrigen Tages unvermeidlich war. Mehrheit und Minderheit werden nunmehr ungehemmt durch die bisherigen Reibungen ihre besonderen Auffassungen vertreten können. Die Parteitage der Zukunft und die Geschichte aber werden zu entscheiden haben, welche Gruppe die Gebote der Zeit und die Pflichten des Proletariats richtiger erkannt hat — Mehrheit oder Minderheit.“

In eine Parteispaltung glauben wir heute so wenig wie nach den Vorgängen des 21. Dezember. Die Parteeinheit erwächst aus der geschichtlichen Notwendigkeit des proletarischen Kampfes und der unverwundlichen Kraft der sozialistischen Ideen, die alle auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundfäden stehenden Elemente mit unwiderstehlicher Kraft wieder zusammenschließen werden, sobald die Irrten und Wirren dieser Kriegszeit überwunden sein werden.“

Die kraftvolle organisatorische und ideelle Einheit der Partei wird aber um so eher zurückkehren, je rascher sich die Klärung der Geister zu vollziehen vermag. Sache aller in Wahrheit um die innere Einheit und die kraftvolle Wahrung der Lebensinteressen besorgten Elemente aber wird es jetzt mehr denn je sein, alles die politischen Kernfragen und deren Erörterung überwachende Kleinliche Gezänk hintanzuhalten und die Meinungsgegensätze in unbirrtem Erkenntnisbrang gewissenhaft zu prüfen!“